

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 782.

Berlin, 30. Juni 1928

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin-NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die sozialdemokratische Linke und ihre Plattform

Drei Tage nach dem Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie tritt der Berliner „Vorwärts“ eine scheinbare Attacke gegen die kommunistische Bewegung und verkündete triumphierend: „Die Wahlen vom 20. Mai haben den Beweis erbracht, daß die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse mit den Mitteln der Demokratie eine naheliegende Möglichkeit ist. Damit aber fällt die grundsätzliche Stellung der Kommunisten vollkommen in sich zusammen.“

Die neue Reichsregierung

Die neue Reichsregierung, mit der SPD an der Spitze, ist nunmehr gebildet. Hermann Müller-Franken hat seine Arbeit Koalition sein; denn tat man so, als ob die Weimarer Koalition wieder hätte sein können und schließlich war beim Kabinett „Persönlichkeiten“ vom Schlage eines Müller-Franken gelangt. Und den „alten“ Bemühungen Müller-Frankens getzotrommel, die ihm gleichen, daß wenn auch noch der Streit geht, wer diesen oder jenen Sessel drücken soll, die Regierung dennoch als gebildet betrachtet werden kann.

Achtung! Groß Berlin Achtung!
Freitag, den 29. Juni 1928, pünktlich abends 7:30 Uhr, General-Mitgliederversammlung für Groß-Berlin. — Die außerordentlich wichtige Tagesordnung macht jedem Genossen das Erscheinen zur Pflicht. — Lokal: Andreas-Festsäle, Andreasstraße.

Aus der Arbeiterbewegung Bulgariens

(Fortsetzung.)
Die Revolution ward blutig geschlagen. Doch es lebe die bulgarische Revolution! Die bulgarischen Arbeiter haben genug Erfahrung aus diesem ungleichen Kampfe geschöpft. Ungeschützt aller negativen Resultate bleibt doch das Aktiva bestehen: Die Arbeiter haben gelernt, daß ihr Schicksal nur in ihren eigenen Händen liegt, und daß ihre Befreiung ihr eigenes Werk sein muß.

Nun müssen wir uns die Frage stellen: Wer ist in diesem Kampfe geschlagen worden? Geschlagen und vernichtet ist der ganze Komplex von faktischen und theoretischen Richtlinien der Partei und der Bauern dabei geschlagen, aber die tatsächlichen Aufgaben einer revolutionären Partei. Zerschlagen und vernichtet ist die ganze Ideologie der KP, die nur einen Akt darstellt von jener großen klein- und großbürgerlichen Ideologie, deren Ausgangspunkt die Theorie der Demokratie mit allen ihren illusionären Rechten und Freiheiten ist.

Die Reaktion nicht nur die kommunistischen Organisations vernichtet, nicht nur alle kommunistischen Denkenden zu Hausen in die Massen überwarf, sondern auch alles materielle Eigentum der Partei und Gewerkschaften, beschlagnahmte und ihre Herrschaft durch das noch geltende drakonische Gesetz zum Schutze des Staates sicherte, so blieb den Arbeitern nichts anderes übrig, als die besten Teile von dem Ererbten in aber mußte illegal gearbeitet werden. Für diese Arbeit sind Unmengen russisches Geld verwendet worden.

gelegt und den einzigen Weg auf Schaffung von Betriebsorganisationen gezeigt. Wir wissen auch nach, daß ein solcher Block undurchführbar ist und daß die Arbeiter diesmal in die vollkommene Gefangenschaft der Konterrevolution geführt werden. Uns hat die Zeit Recht gegeben. Der Block wurde nicht realisiert. — Um sich vor den Schlägen der Konterrevolution zu retten, haben die Führer die ganze Schuld den Führern der anderen Organisationen der Werktätigen in die Schuhe geschoben.

Das Arbeiterblatt „Nowini“ vom 11. Mai 1927 schrieb: „Der Block konnte nicht realisiert werden. Die Führung des Bauernbundes und der anderen Organisationen haben sich gegen diesen Block erklärt. Nicht der Einsicht und dem Willen der arbeitenden Schichten, sondern den Einflüssen der Reaktion haben sie Folge geleistet.“

Die Liquidatoren sahen aber den Arbeitern weis zu machen, daß an der Niederwerfung der Revolution nur einige Personen im ZK schuld wären. So schreiben sie in ihrem nach der Katastrophe erschienenen Blatte Nr. 38, 1914: „Die Vorbereitung der Bourgeoisie war klar. Ein Teil der KP, die Arbeiter und die Bauern dabei geschlagen, aber die organisierte Widerstand fand viel zu spät an und ging nicht vor sich, weil die damalige Führung der KP den Schlag vom 9. Juni nicht begriffen und keine Ahnung hatte, wie sie den Prozeß zu organisieren soll.“

Die Pressekartern müssen zwecks Ersatz neuer Karten zum Umtausch der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, übersandt werden. Die Pressekommission.

Organisatorische Mitteilungen

Achtung! Achtung!
Die Pressekartern müssen zwecks Ersatz neuer Karten zum Umtausch der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, übersandt werden. Die Pressekommission.

ohne daß daraus auch überall die notwendigen Konsequenzen gezogen würden. Solange die Bourgeoisie im Vollbesitze ihrer ökonomischen Macht ist, kann der parlamentarische Einfluß der Arbeiterklasse nirgends bis zur wirklichen Einschränkung oder gar Aufhebung des kapitalistischen Systems anwachsen. Wir sehen in auch, wie tatsächlich die Macht des organisierten Kapitalismus selbst innerhalb der Formen der demokratischen Republik in gerade mit Ausnutzung derselben — z. B. durch das Schlichtungsverfahren, durch Interessierung der Betriebsräte für die kapitalistischen Betriebsnotwendigkeiten, durch die Methoden des Arbeiterselbstens der „Dintä“ — im Steigen begriffen ist und sogar Arbeiterschichten an sich zu ziehen vermag.

Und weil dem so ist, ergibt sich auch nicht die Schlussfolgerung der Rechtsrichtung, daß die Sozialdemokratie nicht mehr auf die Teilnahme an der Regierung verzichten darf. Auch Genosse Braunthal vertritt durchaus nicht einen solchen Standpunkt, indem er ausdrücklich betont, daß die Sozialdemokratie nur dann sich an der Regierung beteiligen müsse, wenn sie damit wirkliche Staatsgewalt in die Hand bekommt.

Wenn diese beiden Auffassungen gegeneinander gehalten werden, so zeigen uns die „Einigkeit“ mit der die Sozialdemokratie haushieren geht, ist nicht weit her. Zum zweiten zeigt sich: Entweder kommt den „Linken“ die Idee des Gegensatzes zum Bewußtsein — dann bedeutet sie niemand am das Vergleichen vor dem Proletariat für ihre eigenen Meinungen völlig bürgerlichen Partei Propaganda zu machen. Oder sie wissen selbst nicht um die Tiefe des Gegensatzes — dann müssen sie nicht wundern, wenn die Proletariat ihnen einmal die Konsequenzen ihrer eigenen Worte deuteten und sie als Plutokratie, die sich selbst nicht ernst nehmen entlarven.

auf kaltem Wege verkündet. Die Rechte des Reichspräsidenten müßten gesteigert und die Regierung vom Vertrauen bzw. Mißtrauen des Reichsparlaments unabhängig gemacht werden.

Die neue Reichsregierung, mit der SPD an der Spitze, ist nunmehr gebildet. Hermann Müller-Franken hat seine Arbeit Koalition sein; denn tat man so, als ob die Weimarer Koalition wieder hätte sein können und schließlich war beim Kabinett „Persönlichkeiten“ vom Schlage eines Müller-Franken gelangt. Und den „alten“ Bemühungen Müller-Frankens getzotrommel, die ihm gleichen, daß wenn auch noch der Streit geht, wer diesen oder jenen Sessel drücken soll, die Regierung dennoch als gebildet betrachtet werden kann.

Die Beizeitung der Urne des kürzlich verstorbenen Genossen Leo T. Strubiner findet am Sonnabend nachmittags 3 Uhr in Friedrichstraße statt. Treffpunkt der Genossen 3/3 Uhr am Eingang. Es wird erwartet, daß sich die Genossen regelmäßig beteiligen. Berliner Arbeitsausschuß.

Aus dem Lande der Wirtschaftswunder

Der endlose Streik. — Haarsträubende Zustände in einem amerikanischen Streikrevier.

Im „Berliner Tageblatt“ vom 1. Juni 1928, der großen Berliner demokratischen Zeitung, gibt der von diesem Blatt nach den Vereinigten Staaten entsandte Wirtschaftskorrespondent Günther Stein eine eingehende Schilderung der Zustände in den bestreikten Bergrevieren, die wir nachfolgend im Auszug wiedergeben:

Pittsburg (Pennsylvania), im Mai. In den Vereinigten Staaten, die von der ganzen Welt wegen des Wohlstandes ihrer Arbeiterschaft beneidet werden, leben seit mehr als einem Jahr etwa 100 000 Männer, Frauen und Kinder im Elend. Ein großer Teil von ihnen haust in dürftigen Baracken oder Zelten, die nur ungenügenden Schutz gegen Kälte, Wind und Regen bieten. Familien mit durchschnittlich drei bis sechs Kindern sind in zwei oder drei winzigen Räumen, die gerade für ein paar Betten Platz haben, zusammengepfercht. Ein bis zweieinhalb Dollar (4 bis 10 M.) pro Woche ist gewöhnlich alles, was eine solche Familie für ihre Ernährung ausgeben kann. Und manche Woche ist es noch weniger oder gar nichts. Hunger, Not und Verzweiflung herrschen fast überall in den Kohlenrevieren von Pennsylvania, Ohio usw. Die große Öffentlichkeit war bis vor kurzem an diesem trübseligen Zustände nur wenig interessiert, so sehr er auch verschimmert wurde durch die feindseligen Gewaltmaßnahmen vieler Bergwerksbesitzer, durch Grausamkeiten der Polizei und offensichtlich Parteilichkeit vieler Gerichte. Denn es handelt sich ja um einen Streik, um eine von den Bergarbeitern selbst verschuldeten Notlage, um einen Kampf, dessen Ansätze sich so heftig als „bolschewistische Hetzereien“ münden und mißbilligen lassen. Allmählich aber achtet man mehr auf die Dissonanzen, die von Pennsylvania und Ohio her die Fanfarenklänge des Fortschrittsmarsches der amerikanischen Wirtschaft stören. Man beginnt zu erkennen, daß in dieser Streiktragedie die Arbeiter nur die Opfer ökonomischer Entwicklungen sind, um deren Kontrolle sich weder die Unternehmer, noch die Regierung und die Öffentlichkeit genügend bemüht haben, und daß sich in der heutigen Notlage der Kohlenindustrie grundsätzliche Probleme offenbaren, die über kurz oder lang für manchen anderen Produktionszweig oder sogar für die Gesamtheit der amerikanischen Wirtschaft akuten werden können: nämlich die Probleme, die mit der fortdauernden Mechanisierung des Produktionsprozesses und der entsprechenden Entbehrlichmachung menschlicher Arbeitskräfte sowie mit dem Aufkommen industrieller Zentren in den Landwirtschaftsstaaten des Südens der Union verbunden sind.

Die Steinkohlenkrise, die zu der gegenwärtigen Situation geführt hat, ist nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt. Da aber die amerikanische Kohlenindustrie — im Gegensatz zu deutschen — stark dezentralisiert ist und von etwa 6000 unabhängigen Unternehmen kontrolliert wird, so führt das Mißverhältnis zwischen Produktionsmöglichkeiten und Bedarfsnachfrage nicht zu einer plötzlichen Einschränkung der Betriebe, sondern zu einer ungeheuer rücksichtslosen und unökonomischen Konkurrenz. Diese ist um so stärker, als in verschiedenen Staaten der Union zahlreiche neue Bergwerke eröffnet worden sind, die unter besonders günstigen Abbaubedingungen und mit den bescheidensten Arbeitskräften die langanhaltende Landwirtschafskrise freizemacht hat, sehr billig zu produzieren vermögen. Die südlichen Gruben werden in ihrem Kampf gegen die älteren Bergwerksgebiete Pennsylvanias, Ohios usw. von den Eisenbahngesellschaften ihrer Bezirke durch einen Ratenkampf mit den nördlichen Linien, für die die Steinkohle das wichtigste Frachtagas darstellt, aufs wirksamste unterstützt. Das Ergebnis ist eine allgemeine Verwahrlosung und eine allseitig zugegebene Demoralisierung der Steinkohlenindustrie.

Während nun die Bergwerksunternehmen, die vielfach mit den Bahnen sowie mit Stahlwerken und sonstigen Großkonzernen verknüpft sind und über erhebliche Reserven verfügen, noch immer nicht in wirkliche Not geraten, sind die Arbeiter, normalerweise etwa 600 000, die Hauptleidtragenden dieses sinnlosen Konkurrenzkampfes. Ihre Situation ist dadurch verschärft, daß sie nur teilweise gewerkschaftlich organisiert sind und immer wieder gegeneinander ausgespielt werden. Die gesamten neuerschlossenen Gebiete der Südstaaten arbeiten mit unorganisierten Bergleuten, vielfach mit Negern, die, um sich vor Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu schützen, die „United Mine Workers“ Pennsylvanias und Ohios mit Hungerlöhnen unterbieten. Zum Schutz gegen die Konkurrenz trat die Gewerkschaft im April 1924 ein dreijähriges Abkommen mit den Unternehmern ihrer Bezirke, das vieldiskutierte „Jachsonville Agreement“, nach dem u. a. ein Lohn von 7½ Dollar pro Tag bzw. 1,08 Dollar pro Tonne festgesetzt wurde. Kurze Zeit danach wurde dieser Vertrag jedoch bereits von einem Großkonzern der von Rockefeller kontrolliert wird, zerschoben. Im Jahre 1925 folgte ihm das größte Kohlenunternehmen des Landes, die dem jetzigen Finanzminister Mellon nachestehende Pittsburgh Coal Company. Ihre 20 000 Arbeiter, denen ohne jeden Schein des Rechts ihre Löhne um ein Drittel gekürzt wurden, sind nun schon seit 2½ Jahren im Streik. Immer mehr Unternehmer brauchen das von ihnen freiwillig unterzeichnete Abkommen, ohne daß die Gewerkschaften ihr wohlbegründetes Recht durchsetzen konnten. Als schließlich am 1. April 1927 auch die übrigen Werke sich weigerten, den Kontrakt zu erneuern sowie überhaupt kollektive Lohnverhandlungen mit den Gewerkschaften zu führen, proklamierte die „United Mine Workers“ für ihre gesamte Gefolgschaft, etwa die Hälfte der Steinkohlenarbeiter, den Streik.

Nun war für die Bergwerksbesitzer der Zeitpunkt gekommen, unter dem Vorwand eines reinen Lohnkampfes den Verhängnisfeldzug gegen die seit Jahrzehnten verhassten Gewerkschaften zu beginnen und den Arbeitern das ihnen von Staats wegen gebene Recht zur Organisation zu rauben. Keine Mittel wurden verschmäht, weder legale noch illegale.

Man brachte Tausende und Tausende von unorganisierten Arbeitern, viele, die niemals in Gruben gearbeitet hatten, und etwa ein Drittel von ihnen Neger, in die Bergwerke. Man erhöhte die Arbeitszeit teilweise von 8 auf 10 Stunden und senkte die Löhne auf 4, 3 oder sogar 2 Dollar pro Tag. Bald konnte auf diese Weise der gesamte Bedarf des Landes produziert werden und viele Arbeitssuchende, darunter im Laufe der Zeit auch abgekämpfte Streiker, mußten sogar abgewiesen werden. In vielen Bergwerken reicht auch heute, trotz der Ausschaltung vieler Betriebe, die Arbeit nur für drei oder vier Tage in der Woche aus. Trotzdem auf diese Weise wieder die Industrie, noch die Konsumenten durch den Streik von etwa 150 000 Bergleuten, die für einen menschenwürdigen Lohn kämpfen und freiwillig Arbeitslosigkeit auf sich nehmen, geschädigt wurden, ging man mit größter Rücksichtlosigkeit und Brutalität gegen

Man brachte Tausende und Tausende von unorganisierten Arbeitern, viele, die niemals in Gruben gearbeitet hatten, und etwa ein Drittel von ihnen Neger, in die Bergwerke. Man erhöhte die Arbeitszeit teilweise von 8 auf 10 Stunden und senkte die Löhne auf 4, 3 oder sogar 2 Dollar pro Tag. Bald konnte auf diese Weise der gesamte Bedarf des Landes produziert werden und viele Arbeitssuchende, darunter im Laufe der Zeit auch abgekämpfte Streiker, mußten sogar abgewiesen werden. In vielen Bergwerken reicht auch heute, trotz der Ausschaltung vieler Betriebe, die Arbeit nur für drei oder vier Tage in der Woche aus. Trotzdem auf diese Weise wieder die Industrie, noch die Konsumenten durch den Streik von etwa 150 000 Bergleuten, die für einen menschenwürdigen Lohn kämpfen und freiwillig Arbeitslosigkeit auf sich nehmen, geschädigt wurden, ging man mit größter Rücksichtlosigkeit und Brutalität gegen

Achtung! Achtung! Komplette Jahrgänge der KAZ 1924-27

in gutem Einband an Lager, 400 Seiten, 12. — MK. Die Genossen bekommen Ermäßigung. — Versand nach Auswärts nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Porto zu Lasten des Empfängers. — Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung f. Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

sie vor. Die meisten Streikenden wurden aus den Häusern, die fast überall den Bergwerksgesellschaften gehören, vertrieben, selbst wenn man die Behausungen nicht für neue Arbeiter brauchte. Ganze Reihen solcher Häuser stehen leer. Ihre Fenster und Türen sind verbarrikadiert und die hungernden Familien der Bergleute leben angesichts der Heime, in denen sie viele Jahre lang zu keineswegs niedrigen Mieten gewohnt haben, in dürftigen Baracken, die sie sich mit Material, das ihnen von der Gewerkschaft geliefert wurde, selbst gebaut hatten. Das Elend, das in diesen Barackenlagern herrscht, ist grauenvoll.

Aber noch größer als die materielle ist die psychische Not der Streikenden. Die bereits erwähnte Senatskommission und viele andere Beobachter, die keineswegs sozialistischer Tendenz verdächtig erscheinen, erklären unumwunden, daß die Bergwerksbesitzer — mit wenigen Ausnahmen — eine unglaubliche Terrorherrschaft ausüben. Die Tatsache, daß in den meisten Bergwerksgemeinden die Gesellschaften den gesamten Grund und Boden besitzen, daß ihre leitenden Angestellten öffentliche Ämter bekleiden und daß oft der einzige Laden im Orte den Unternehmern gehört, gibt ihnen eine Macht über die Leute, die vielfach an Leibeigenschaft erinnert. Manche dieser Gemeinden, selbst solche, die mehrere tausend Einwohner haben, sind Fremden aus Furcht vor den „Organisatoren“ der Gewerkschaften völlig verschlossen. Sie werden bei ihrer Ankunft nach dem Zwecke ihres Besuches gefragt, und wenn dieser nicht einwandfrei erscheint, so wird ihnen das Betreten der Gemeinde verboten. Die Bergwerke haben in vielen Staaten der Union, vor allem in Pennsylvania und Ohio, das Recht, eine eigene Truppe, die sogenannte Kohlen- und Eisenpolizei, zu halten. Sie hat alle Befugnisse der Staatspolizei, wird jedoch von den Unternehmern angemustert, bezahlt, bewaffnet und instruiert. Die Senatskommission hat festgestellt, daß diese Truppe zu einem erheblichen Teil aus kriminellen Elementen besteht, die teilweise sogar wegen moralischer Verfehlungen des Staatsdienstes quittieren mußten. Wenn man auf einer langen Fahrt durch den Kohlenbezirk diese Gestalten sieht, so glaubt man ohne weiteres, daß bei ihrer Anwesenheit ein Geschicksnack gilt: Muskelkraft und Brutalität. Wohin man kommt, findet man Männer und Frauen, die bei friedlicher Erfüllung ihres Streikstreusrechts in roher Weise mit Hartnäckigkeit geschlagen worden sind. Viele liegen mit schweren Schilwunden im Hospital, und die Frauen der Bergleute erzählen in bitterster Verzweiflung von den häufigen Goshombenangriffen der Kohlen- und Eisenpolizei, die immer wieder erfolgen, wenn eine Anzahl von Streikenden sich noch so friedlich zusammenfindet. Als wir in der Nähe von Pittsburg eine fotografische Aufnahme von mehreren Streikposten machen wollten, kamen mehrere dieser Schergen mit bedrohlich erhobenen Knüppeln auf uns zu und wollten die Kameras zerschlagen. Der Hinweis, daß das Fotografieren auf der Landstraße nicht gesetzlich verboten sei, wurde beantwortet: „Recht oder Unrecht ist uns einerlei; nehmen Sie sich in acht!“

Es ist kein Wunder, daß unter diesen Umständen der Radikalismus immer stärker zunimmt. Auch unter den Streikbrechern, die im allgemeinen zu Hungerlöhnen arbeiten, steigt die Verbitte rung. Niemand weiß, wie dieser Streik — der im Grunde nichts anderes ist als die verzweifelt protestierende Ausschaltung von 150 000 Arbeitern aus einer rückständigen, demoralisierten Industrie, an die sie durch lokale Isolierung und bei völliger Sättigung aller anderen Wirtschaftszweige gebunden sind — schließlich enden wird.

Richtigstellend müssen wir bemerken, daß es nicht 100 000 Menschen einschließlich Frauen und Kinder sind, die seit 1½ Jahren im tiefsten Elend leben, sondern 150 000 streikende Arbeiter mit Frauen und Kindern, also zusammen mindestens 500 000 Menschen, wie die „Industrial Solidarity“, das Organ der IWW, des öfteren mitteilt.

Wir lassen den Artikel im Berliner Tageblatt und haben des öfteren auf den Streik hingewiesen. Den Ausschluß aus dem Artikel des BT, nebst Einleitung und Schllußfolgerung bis zum Stern entnehmen wir — der Bergarbeiter-Zeitung Nr. 24 vom 16. Juni 1928! Auch die Bergarbeiter-Zeitung wird gedruckt.

Wer ist schuld? Könnte man auch hier fragen. Als 1926 die englischen Bergarbeiter den heroischen Versuch unternahmen, diesen Zuständen im kapitalistischen Rahmen mit reformistischen Mitteln zu begegnen, damals waren es die Gewerkschaften, die amerikanischen und die aller Kohle führenden kapitalistischen Länder — einschließlich der Rußlands, Naphta lieferte — an der Spitze der Deutsche Bergarbeiter-

verband und knüppelten die englischen Streiker durch organisierten Streikbruch nieder. Wir wiesen schon damals darauf hin, daß nach der Niederwerfung der englischen Bergarbeiter die deutschen und die amerikanischen an die Reihe kommen. Die deutschen Bergarbeiter haben ihren 12-16-Stundentag und Lohnkürzung durch Teuerung und Mehrarbeit längst geschluckt, die amerikanischen sind seit 1½ Jahren an der Reihe. Gerade der zwerckschaltfreundliche Berichterstatler des BT, beweist, ohne es schätlichen Mitteln, noch durch Rationalisierung zu behoben ist. Sie reproduzieren das Uebel und die fürchterlichen Auswüchse für die Arbeiterklasse nur immer von neuem, immer auf erhöhter Stufenleiter. Nur der Sturz des kapitalistischen Systems durch die organisierte Klassenkraft des Proletariats kann die Arbeiterklasse aus dem kapitalistischen Chaos retten. Selbstverständlich ist, daß auch die Bergarbeiter-Zeitung nicht den Mut findet, die Frage aufzuwerfen, was denn die deutsche Gewerkschaftsdelegation in Amerika gesehen hat für die hunderttausende Mark aus Mitgliederbeiträgen. Selbstverständlich ist auch, daß sie nicht grundsätzlich nach der Ursache forscht, weshalb das Dollarkapital seine Sklaven so drückt und wie ihm das Handwerk zu legen ist.

Es muß hier wiederholt darauf hingewiesen werden, daß die „freien“ Gewerkschaften vom Kohlenkapital wohl anerkannt und ihre Agenten von den Unternehmern willkommen sind und jeden Vorzug genießen. Die Arbeiter haben sich von ihnen aber losgesagt, nachdem sie die unendliche Kette von Verrätereien und Annahme von Bestechungsgeldern und Aemtern von den Zeichenzweigen durch Gewerkschaftsbeamte durchschaut hatten.

Unter den „Organisatoren“, denen der Zutritt zu den Kohlenstädten und -Dörfern verboten ist, sind die arbeitslosen Mitglieder der IWW, (der amerikanischen, der deutschen Allgemeinen Arbeiter-Union entsprechenden Organisation) zu verzeichnen. Der hartnäckige, seit 1½ Jahren im Fortschritt, andauernde Streik wird von der IWW, unterstützt, soweit es in ihren Kräften steht, obwohl die Arbeiter dieser Kohlenbezirke vor dem Streik nicht in ihr, sondern in den „freien“ Gewerkschaften organisiert waren.

Organisatorische Mitteilungen

Achtung! Achtung! Die Pressekarten müssen zwecks Ersatz neuer Karten zum Umanschluß der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, übersandt werden. Die Pressekommission.

KAP. Groß-Hamburg. Barmbeck, Dienstag, 3. Juli, Lokal Eckemann, Hamburg 22, Barmbeckstr. 13. Tagesordnung: Kapitalismus und Landwirtschaft.

Chemnitz. Die öffentlichen Diskussionsversammlungen der KAP und AAU finden regelmäßig vierzehntägig Sonnabends, 20 Uhr, im „Gasthaus zur Linde“, am Theaterplatz, statt. Nächste Veranstaltung: Sonnabend, den 7. Juli.

Weißfels. Alle Genossen der AAU und KAP, sowie Sympathisierende, treffen sich jeden Freitag, abends 8 Uhr, zum öffentlichen Diskussionsabend im Lokal „Reichspost“, Berndtstraße.

Leipzig. West. Jeden Donnerstag, abends, öffentliche Zusammenkunft im Lokal „Leutscher Tor“, Leutscher-, Ecke Flemingstraße.

Dortmund. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung der KAP und KAJ. Jeden Samstag, abends 8 Uhr Zahlabend der AAU. Wir ersuchen alle Genossen pünktlich zu erscheinen. Der Ortsrat.

Gruppe Köpenick. Jeden Mittwoch im Jugendheim Köpenick, Schloßstr. 27 (Hof 1 Tr.). 20 Uhr. Zusammenkünfte.

Neue Bücher

Borchardt: Weltkapital und Weltpolitik . . . 450 Mk.
Sontter: Der neue deutsche Imperialismus . . . 250 Mk.
Asiatismus: Von Kanton bis Schanghai . . . 350 Mk.
Jack London: Das Mondgeschick . . . 480 Mk.

Zu beziehen durch Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Unentbehrliche Waffen für jeden klassenbewußten Arbeiter im Kampfe gegen die gewerkschaftlich-parlamentarische Kontor-Revolution sind

Die KPD im eigenen Spiegel . . . 0,75 Mk.
Der Bonzenspiegel . . . 0,80 Mk.
Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortliche: Gustav Lange, Berlin O 112, VotstraÙe 112. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Ißzonand, Berlin O 17.

Bestellzettel Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: _____
Ort: _____
Str. Nr.: _____

9. Jahrg Nr. 43

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pfi.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 7. Juli 1928

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Das Kabinett der „Köpfe“

Das fünfte Rad am Wagen

Marx und Engels, und nach ihnen alle revolutionären Marxisten, haben gewiß nichts unterlassen, um die Klopfflechter des Bourgeoisozialismus immer von neuem als die typischen Vertreter des Kleinbürgerutopie anzuprangern und ihr „Programm“ als reaktionäre Utopie zu entlarven. Was sich jedoch eine angebliche Arbeiterpartei, die sich immer noch auf Marx beruft, noch im 20. Jahrhundert leisten würde, das konnten sie nicht wissen.

„Ein Teil der Bourgeoisie“, heißt es im „Kommunistischen Manifest“, „wünscht den sozialen Mißständen abzuhelfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern.“

Es gehören hierher: Ökonomen, Philantropen, Humanitären, Verbesserer der Lage der arbeitenden Klassen, Wohltätigkeits-Organisierer, Abschaffer der Tierqualerei, Mälikeritei-Vereinsstifter, Winkelreformer der buntscheckigen Art. Und auch zu ganzen Systemen ist dieser Bourgeoisozialismus ausgearbeitet worden.

Die sozialistischen Bourgeois wollen die Lebensbedingungen der modernen Gesellschaft ohne die notwendig daraus hervorgehenden Kämpfe und Gefahren, die Sie wollen die bestehende Gesellschaft mit Abzug der sie revolutionierenden und sie auflösenden Elemente, die Sie wollen die Bourgeoisie ohne das Proletariat. Die Bourgeoisie stellt sich die Welt, worin sie herrscht, natürlich als die beste Welt vor. Der Bourgeoisozialismus arbeitet diese tröstliche Vorstellung zu einem halben oder ganzen System aus. Wenn er das Proletariat auffordert, seine Systeme zu verwirklichen, und in das neue Jerusalem einzuziehen, so verlangt er im Grunde nur, daß es in der jetzigen Gesellschaft stehen bleibe, aber seine gebissigen Vorstellungen von derselben abstreife.

Eine zweite, weniger systematische nur mehr praktische Form des Sozialismus suchte der Arbeiterklasse jede revolutionäre Bewegung zu verleißen durch den Nachweis, wie nicht diese oder jene politische Veränderung, sondern nur eine Veränderung der materiellen Verhältnisse ihr von Nutzen sein könnte. Unter Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse versteht dieser Sozialismus aber keineswegs Abschaffung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die nur auf revolutionären Wege möglich ist, sondern administrative Verbesserungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehen, also an dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit nichts ändern, sondern im besten Fall der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft vermindern und ihren Staatshaushalt vereinfachen.

Seinen entsprechenden Ausdruck erreicht der Bourgeoisozialismus erst da, wo er zu bloßen rednerischen Figuren wird. Freier Handel! Im Interesse der arbeitenden Klasse; Schutzzölle! Im Interesse der arbeitenden Klasse; Zellenengnisse! Im Interesse der arbeitenden Klasse; das ist das letzte, das einzige ernst gemeinte Wort des Bourgeoisozialismus.

Der Sozialismus der Bourgeoisie besteht eben in der Behauptung, daß die Bourgeoisie Bourgeois sind — im Interesse der arbeitenden Klasse.

Es kommt nicht so sehr darauf an, ob die „rednerische Figur“ des deutschen Bourgeoisozialismus noch einige „Forderungen“ in seiner Regierungserklärung hinzufügen; sondern darauf, daß diese „tröstliche Vorstellung“ aus demselben Boden wächst und zu dem heute notwendig gewordenen komplizierten System geworden ist, daß die Sozialdemokratie sich zu vervollkommenen zur Aufgabe gesetzt hat. Im Grunde genommen ist eigentlich der Kritik, die Marx und Engels ansetzten, nichts hinzuzufügen. Sie reißen der „Regierungserklärung“ der „rednerischen Figur“ Müller-Franken erbarmslos die Zuckerkruste herunter, mit der das Proletariat angelockt werden soll, und zeigt ihm darunter, was eigentlich dahinter steckt: die „Verantwortung“ gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft.

Aus dem Wust widerlichen Schmeiß, den das Zentralorgan der SPD nun schon monatelang über das Kleinbürgertum und vergewaltigte Arbeiter ausstreut, sei kurz folgendes vermerkt:

Unter „Koalition“ wollte man ursprünglich verstanden wissen viele oder wenige, oder einige soziale Reformen, deren Durchführung Bedingung für die Uebnahme der „Verantwortung“ sein sollte. Die deutsche Bourgeoisie hat sich auf nichts eingelassen. Sie hat unbarbarisch und brutal jedes Kompromiß zurückgewiesen, trotzdem einige „Versprechun-

gen“ in der Tat billig sind wie Brombeeren. Die „große“ Koalition zerfiel ins Nichts. Die Bourgeoisie ist nicht gewillt, eine „Teilung“ der Macht auch nur in der Phrase zuzugeben. Der „Bürgerblock“, der viel verläßt, der so „kataklystrophal“ geschlagen, erwies sich als ein Felsen aus Granit, der die schönen Reden sozialdemokratischer Staatsmänner achtschätzend hinnimmt und die „Freiheitskämpfer“ höflich zur Tür hinauskomplimentiert.

Außer den großen „Marxisten“ der Sozialdemokratie hätte jeder gewöhnliche Sterbliche, der nur ein klein wenig Sinn für den gegebenen gesellschaftlichen Zustand, für die Unversöhnlichkeit der Klassenengesätze besitzt, sehen müssen, daß dieses Verhalten der „geschlagenen Bürgerblockparteien“ eine offene Kriegserklärung für das Proletariat ist; daß die Koalition eben da, wo sie zu einer „Frage“ wird, zu gleicher Zeit an der Unversöhnlichkeit der Interessen der Klassen scheitert. Eine Partei jedoch, deren „Politik“ eine einzige schmutzige Spekulation auf die Dummheit der Massen ist, findet auch hier einen „Ausweg“. Sie läßt die „großen Männer“ aufmarschieren, und diese großen Männer machen nach dem Rezept wilhelminischer Geschichtsbücher Geschichte. Die Fraktionen der kapitalistischen Parteien übernehmen keinerlei Verantwortung. Sie lassen „regieren“, so lange diese Regiererei nicht in Widerspruch gerät. In diesem Sinne ist auch die Entbindung von der „Fraktionsdisziplin“ nur eine Phrase. Einmal sind die Exponenten der kapitalistischen Parteien nicht so prinzipiell wie die Sozialdemokratie, weil ihre „Prinzipien“ die verflochtenen Tatsachen bedingen, daß, je schärfer die Ausbeutung des Proletariats ankeuhelt wird, je entrückter das Geschäft für sie ist. In diesem Sinne wird durch die Aufhebung der Fraktionsdisziplin die Geistesgemeinschaft nicht gelockert. Zum zweiten behalten sich diese Parteien das Recht vor, bei etwa eintrudenden Dummbheiten ihrer Regierungsmänner darauf hinzuweisen, daß irgendwelche Experimente von Privatpersonen das Privatvergnügen eben dieser Privatpersonen bleiben. Daraus folgt auch, daß die „Regierung“ auf ein „Vertrauensvotum“ verzichten mußte. Das Kapital regiert und bildet eine „Regierung“, die seinen Willen tut, handgreiflicher und drastischer ist eigentlich noch niemals demonstriert worden; daß die bürgerliche Demokratie und der Parlamentarismus eine solche lächerliche Komödie sind, daß sie nur deswegen noch existieren, weil Lächerlichkeit eben nicht tödtet.

So konnte der Sozialdemokratie nicht erspart bleiben, ihren stinkenden Opportunismus in einer Form auf den Markt zu bringen, der nur noch die Wahl läßt zwischen dem Ekel oder dem Lachen der Proletarier, die die Hintergründe dieser ausgemachten Hanswurste, und damit auch die „Zwangslage“ dieser völlig bankrotten Partei auch auf ihrem Spezialgebiet des parlamentarischen Schachers begreifen. Die „Regierung der Köpfe“, die der „Vorwärts“ als das neueste Rezept parlamentarischer Kretinismus feiert, schließt wohl auch ein die „Köpfe“, von denen selbst diese politisch verwarfeste Partei nicht bestreiten kann, daß die in diesen Köpfen vorhandene, eingebildete, aber tatsächliche Intelligenz der Klasse gehört, von der das Proletariat nichts anderes zu erwarten hat, als Ausbeutung, Hunger, Tod. Bleiben noch übrig die „Köpfe“, die als Hausknechte in dieser Regierung der Bourgeoisie geduldet werden, so lange, wie sie dem Willen der Bourgeoisie Gefolgschaft leisten. Dazu gehört auch, daß das Proletariat mit nachlässigen Phrasen beschwichtigt werden soll. So stellt Hermann Müller-Franken und best seine 32 Seiten Schreibmaschinenmanuskript ab. Hinter ihm steht — nichts! Hinter ihm steht die schlotternde Angst, irgendwie anzugehen und das ganze Kartennas, umzustößen. Denn die Sozialdemokratie als die geschworene Feindin des proletarischen Klassenkampfes ist in der heutigen Phase der kapitalistischen Entwicklung, in der die Klassenengesätze sich in rasendem Tempo verschärfen, gezwungen, in Konsequenz ihrer Bürgerfriedenspolitik nicht nur als Partei zur Hure der herrschenden Klasse herabzusinken; auch ihre „Köpfe“ werden von der Geschichte verrückt, sich in der „Rolle“ eines lächerlichen „Downs abzuwirtschaften“. Das Zentralorgan der Partei, die diese lächerliche Komödie „theoretisch“ zu begründen hat ist zu einem Witzblatt herabgesunken. Die „Linken“, die sich

Die „Mitwahlen“ 1928 haben einen „Linksruck“ gebracht um im parlamentarischen Jargon zu reden. Zu Ehren der Demokratie und Förderung der parlamentarischen Illusionen bei den Massen mit dieser Entscheidung des „sovereänen Volkes“ auch nach außen hin Rechnung getragen werden. Der Reichspräsident Hindenburg als Vertreter des neudeutschen Republikanismus hat demzufolge auch die Sieger im edlen parlamentarischen Wettstreit, die Sozialdemokratische Partei aufgefördert, die neue Regierung zu bilden. Hermann Müller der farbloseste und am wenigsten antikapitalistisch durch die Vergangenheit belastete Mann, wurde von der SPD, zum Leiter der neuen Vollregierung auserkoren. Als Innenminister, der den Augustall der verkügelten Reichsinnenministerien säubern sollte, wurde ihm der Herkules-Severing mitgegeben. Diese Kombination war die Frucht der Erfahrung aus der verflochtenen „Bürgerblockkata“, daß der eigentliche Herrscher im Reich der Innenminister ist. Severing sollte die Reform an Haupt und Gliedern der deutschen Republik durchführen und diese alte monarchistische Feste zerstören.

Die von ihr gewünschte Beteiligung an der Macht im Reich konnte die Sozialdemokratie nur auf dem Weg über ein Bündnis mit der Bourgeoisie erreichen. Sie mußte versuchen, eine gemeinsame Plattform mit den Parteien der sog. Großen Koalition zu schaffen. Dazu war erforderlich, die Deutsche Volkspartei für die Pläne der neuen Regierung einzuspannen. Sie war für den Abstimmungsapparat unentbehrlich. Es begann ein Kuhhandel, der damit endete, daß sämtliche beteiligten bürgerlichen Parteien sich für unverantwortlich an der kommenden Entwicklung, wie sie vom „sovereänen Volk“ gewünscht war, erklärten. Der Ausgang der Wahlen war für sie völlig gleichgültig. Sie warten nur auf die Gelegenheit, auf den günstigsten Moment, zur alten Bürgerblockpolitik zurückzukehren. Deshalb wünschen sie keinen Zusammenschluß gegen ihren früheren Mitkontrahenten, die Deutschnationalen. Sie bauen schon jetzt die Brücke zur Rückkehr zum Bürgerblock. Aus diesem Grunde haben sie zwar Vertretern ihrer Partei den Eintritt in das Kabinett Müller gestattet, aber sich nicht mit dem Programm des Kabinetts und damit mit der Handhewisweise ihrer lediglich als Beobachter vorgeschobenen Posten einverstanden erklärt. Daraus ist zu erkennen, daß die deutsche Bourgeoisie die Sozialdemokratie weder für bindungslos noch für bündniswürdig hält. Zu Anstandslos auf tägliche Kündigung ohne festen Vertrag sind sie herabgesunken. Während die Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit bis zur Staatschefur unentbehrlich war, ist ihre heutige Regierungszulassung nur noch Ausdruck parlamentarischer Konvention. Schärfer konnte dies gar nicht vor der Öffentlichkeit dokumentiert werden als durch das Kabinett der Großen Koalition ohne fraktionelle Bindung. Ein Geschäftsinstitut als Ausweg aus einer für die Bourgeoisie unklaren parlamentarischen Situation ist noch ein

bemähen, bei dieser Komödie ein ernstes Gesicht zu machen und bei jeder Gelegenheits die Notwendigkeit der Einigkeit auf diesem stinkenden Sammelplatz betonen, sind eigentlich noch widerlicher. Sie malen diese Tragikomödie in den hellsten Farben, und begründen nicht, daß sie sich nur von den „Köpfen“ dadurch unterscheiden, daß ihnen der frangirte Mut zur letzten Konsequenz ihrer eigenen Politik fehlt.

Die nächste Etappe der kapitalistischen Entwicklung wird Zeugnis geben davon, daß die breiten Massen des Proletariats der staatsmännlichen Weisheit „zwischen den Klässern“ zapplender Hampelmannen in dem Maße immer weniger Verständnis entgegenbringen wird, als sein Hunger sich vermehrt. Noch zapzelt es in den Ketten der Gewerkschaften, den anparlamentarischen Gefängnissen sozialdemokratischer Bürgerfriedenspolitik, in die sie immer wieder hineinzuwerfen eine „kommunistische“ Partei deswegen nicht muß wird, weil der Mutterboden, auf dem sie wächst, derselbe ist: der Boden der Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie und die Kulaki in Rußland, die mit der Bourgeoisie der Welt durch gleichlaufende Interessen verbunden sind. Wenn jedoch die wahre Rolle der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in das Bewußtsein der kämpfenden Massen dringt, wird auch die Sektion Stalins mit ihrer „Arbeiterregierung“ nicht mehr instand sein, das Proletariat abzuhalten, den Weg der KAPD und AAU zu gehen.